

Budgetdebatte 15. Dezember 2017

Nr. 1121

(Fortsetzung)

Antrag 2016-250_11 von Marie-Theres Beeler betreffend die Beibehaltung der Kantonsbeiträge beim Besuch von Privatschulen

Konto/Kontogruppe: 36 Transferaufwand

Direktion/Dienststelle: BKSD, Schulabkommen (2501)

CHF +153'000

Antrag des Regierungsrates: Ablehnung

Antrag der Finanzkommission: Ablehnung

Kommissionspräsident Roman Klauser (SVP) sagt, der Antrag stehe fast zu früh in der Landschaft, weil das Geschäft noch in der Kommission sei und ein Mitbericht der Finanzkommission hängig sei. Dann kommt es in den Landrat und wird entschieden. Wenn der Betrag im Budget eingestellt wird ist nicht klar, welche Relevanz er hat. Die Finanzkommission hat den Antrag mit 9:2 Stimmen bei zwei Enthaltungen abgelehnt.

Marie-Theres Beeler (Grüne) sagt, aus formellen Gründen könne man unterschiedlicher Meinung darüber sein, ob der Antrag über eine Vorlage, die noch bevorstehe, rechtens sei oder nicht. Tatsache ist, dass noch nicht über eine Gesetzesänderung befunden ist, die eigentlich Voraussetzung wäre, dass dieser Budgetantrag angenommen werden kann. Nach heutigem Bildungsgesetz ist die Streichung nicht möglich, im Januar/Februar wird darüber befunden. Der Antrag ist ein Vorschlag zur Budgetentlastung, der sich als Vorschlag zur Nicht-Budget-Entlastung herausstellen könnte. Es gibt Gründe, für den Antrag und gegen die Streichung zu sein.

Der erste Grund gegen die Budgetminimierung zu sein sind bildungspolitische Gründe. Privatschulen ermöglichen eine Bildungsvielfalt, die zu einem attraktiven, innovativen Angebot von Schulen auf allen Stufen im Kanton Baselland beitragen. Sie sind nicht nur wichtig, weil sie für eine Minderheit eine Alternative zur öffentlichen Schule darstellen, sondern auch weil sie durch unterschiedliche pädagogische und didaktische Arbeitsweisen die gesamte Bildungslandschaft beleben, befruchten und sich die ganze Schullandschaft auch gegenseitig weiterentwickeln kann.

Dank verschiedenen Schulmodellen haben zahlreiche Kinder und Jugendliche

die die Schulen besuchen auch die Chance auf eine erfolgreiche Schulkarriere wenn es in einer öffentlichen Schule aus irgend einem Grund einfach nicht stimmt. Und es können zum Teil teure Sonderbeschulungen und Stützangebote vermieden werden, wenn ein alternatives Schulmodell für einen Schüler oder eine Schülerin eine ganz normale Bildungskarriere ermöglicht.

Das dritte und schmerzhafteste: Die Streichung der Privatschulbeiträge wird die International School nicht beeinträchtigen. Aber die Streichung würde genau jene Schulen in ihrer Existenz gefährden, die Alternativen anbieten auch im pädagogischen Sinn und vor allem die, die sozial abgestufte Elternbeiträge und Familienbeiträge erheben. Das sind im Kanton Basel-Landschaft insbesondere die drei Rudolf-Steiner-Schulen – wenn die Oberstufe einzeln gezählt wird vier –, die Christliche Schule und die Schule für offenes Lernen in Liestal. Wenn eine dieser Schulen den Betrieb einstellen muss weil die Eltern, die ihre Kinder dort hin schicken, den Betrag nicht mehr zahlen können, gibt es nicht nur einzelne Kinder mehr in den öffentlichen Schulen, sondern dann gibt es in gewissen Gemeinden mehr Klassen und es kommen auf die Wohnortgemeinden und den Kanton Mehrkosten zu. Mit Herzblut aufgebaute Bildungsinstitutionen werden durch die Kürzung massiv gefährdet, bildungspolitisch würde so viel verloren, dass sich die Sparmassnahmen nie rechtfertigen lassen würden. Das sind die bildungspolitischen Gründe.

Die finanzpolitischen Gründe sind folgende: Die Vorlage 2016/252, die angenommen werden müsste, damit die Einsparung überhaupt möglich ist, stellt in keiner Weise die Konsequenzen dar, die durch die Streichung der Beiträge für Privatschulen entstehen. Es gibt keine Abschätzung der Rückkehr von Schülerinnen und Schülern an die öffentliche Schule, die die Gemeinden und Kanton das 5- bis 7-fache des Beitrags der aktuell pro Schüler und Schülerin an Privatschulen geleistet wird, kosten. In dem 5- bis 7-fachen sind Fördermassnahmen noch nicht enthalten. Heute morgen haben alle eine Mail der Elternlobby erhalten die erklärt, was eine Primarschülerin, ein Primarschüler und ein Sekundarschüler, eine Sekundarschülerin kosten. Laut kantonalen Berechnungen sind es CHF 16'700 auf der Primarstufe und CHF 19'700 auf der Sekundarstufe. In der Antwort auf den Antrag heisst es, die Schülerinnen und Schüler könnten in Klassen integriert werden. Das ist eine Augenwischerei. Sobald nur eine Schule schliesst sind diese Schülerinnen und Schüler nicht mehr einfach ohne Mehrausgaben in die Klassen integrierbar, vor allem nicht an den Schulstandorten.

Aus Gründen der Bildungspolitik, der Schulvielfalt und der nicht deklarierten Mehrkosten, die vielleicht auch entstehen – ein Teil der Mehrkosten entsteht gewiss, vielleicht die gleichen Mehrkosten entstehen ungewiss – soll die Streichung der Streichung bewilligt werden, das Budget 2017 beibehalten werden ohne Reduktion der CHF 153'000 für die Sparmassnahmen für den vorgegebenen Bildungsabbau im Bereich der Privatschulen. Aus bildungs- und finanzpolitischen Gründen soll der Antrag angenommen werden.

Roman Brunner (SP) verweist wie Roman Klauser darauf, dass die Vorlage derzeit in der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission beraten werde. Die Regierung hat richtig erkannt und verweist darauf, dass es im nächsten Quartal eine Debatte geben wird. Die Debatte soll nicht vorgezogen und über Vor- und Nachteile sowie Sinn und Unsinn der Privatschulen referiert werden, das hat Marie-Theres Beeler zum Teil schon ausgeführt. Es gibt sicher genügend Gelegenheit dies zu tun, wenn die Vorlage spruchreif ist. Die Regierung begründet die Ablehnung des Antrags damit, dass der Budgetantrag der Debatte zuvor kommt. Genau so greift die Streichung des Beitrags der Debatte darüber vor. Die SP-Fraktion folgt dieser umgekehrten Argumentation und unterstützt daher den Budgetantrag. Der Landrat oder vielleicht das Volk müssen diesem Abbau überhaupt zuerst noch zustimmen. Falls die Vorlage wirklich im kommenden Jahr und in der jetzt vorliegenden Form kommt – davon ist er nicht überzeugt – kann der entsprechende Beitrag immer noch das Budget entlasten, das wird dem Ergebnis des Kantons in der Rechnung sicher nicht schaden.

Simon Oberbeck (CVP) informiert, die CVP/BDP-Fraktion äussere sich in einer Mehrheit gegen den Budgetantrag. Es ist einerseits unbestritten, dass Privatschulen eine wichtige Rolle spielen. Es muss unterschieden werden zwischen den grossen Privatschulen und den gemeinnützigen Privatschulen. Wie die Vorredner sagten wird darüber anhand einer Vorlage diskutiert, da muss sicher auch diese Unterscheidung vorgenommen werden. Wichtig scheint, dass gerade bei grossen Privatschulen, die mit unterstützt werden, eigentlich Betriebsbeiträge gesprochen werden, weil über die Hälfte der Beträge an die jeweiligen Schulen gespendet werden. Sie werden also von den Eltern nicht gebraucht, sondern den Schulen gegeben. Das sind entsprechend Betriebsbeiträge. Die Vorlage und die Diskussion darüber soll abgewartet werden, daher wird die Mehrheit den Antrag ablehnen.

Christof Hiltmann (FDP) sagt, auch die FDP-Fraktion werde den Antrag aus den ausgeführten Gründen ablehnen. Die Beratungen in der BKSK werden abgewartet, dort wird es sicher interessante Diskussionen zu dem Thema geben. Die FDP ist durchaus bereit, in eine gewisse Richtung zu denken, das Thema Privatschulen ist sicher interessant. Im Zusammenhang mit dem Budget wird auf die inhaltliche Debatte verzichtet und der Regierung gefolgt.

://: Der Landrat lehnt den Budgetantrag 2016-250/11 mit 42:40 bei einer Enthaltung ab.

[Namenliste]